Niederschrift über die 80. Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord am 4. Dezember 2025 in Koblenz

Beginn: 09:25 Uhr
Ende: 11:10 Uhr

Teilnehmende: siehe beigefügte Teilnehmerliste.

Begleitend zur Sitzung wurde zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eine Präsentation gezeigt. Die Charts sind als Anlage dem Protokoll beigefügt.

A) Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung

Verbandsvorsteher Landrat Achim Hallerbach begrüßt die Mitglieder der Verbandsversammlung und eröffnet die Sitzung. Besonders begrüßt er als Gast Mobilitätsministerin Katrin Eder, die in ihrer Funktion als Ministerin zum ersten Mal in der Verbandsversammlung des SPNV-Nord ist.

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Verbandsvorsteher stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung. Tagesordnung wird angenommen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 79. Sitzung der Verbandsversammlung am 21.08.2025 in Koblenz

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Verbandsversammlung wurde am 19. November an die Mitglieder versendet. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Bekanntgabe in nichtöffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse, zu Umlaufbeschlüssen, zu Eilbeschlüssen gem. §48 GemO

Die stellvertretende Verbandsdirektorin Julia Portugall informiert anhand der Charts über sechs in der letzten Verbandversammlung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse sowie über einen Umlaufbeschluss.

Seitens der Mitglieder bestehen keine Fragen.

TOP 5 LNVP – Vorlage 1/80/2025

Verbandsvorsteher Achim Hallerbach führt ausführlich in das Thema ein. Man habe mit der vorliegenden Fassung des Landesnahverkehrsplans (LNVP) ein gemeinsames Verständnis erreicht, die Formulierungen seien gut und belastbar. Man habe bis zuletzt um die Formulierungen gerungen und am Text gearbeitet. Finanzielle Sicherheit und Betriebssicherheit für die Landkreise seien mit dem LNVP hergestellt worden. Das Prinzip der Konnexität sei aufgenommen worden. Mit dem Landesnahverkehrsplan sei damit ein Konzept entstanden, das einmal den Status quo dokumentiert und auch Perspektiven für einen leistungsfähigen und klimafreundlichen SPNV in Rheinland-Pfalz eröffnet. Er sei ausdrücklich so angelegt, dass er weiterentwickelt werden könne und auch solle.
Er bittet die Mitglieder der Verbandsversammlung um Zustimmung zum LNVP.

Ministerin Eder bekommt das Wort erteilt. Der LNVP sei ein verbindlicher Plan mit eingebauter Flexibilität für die nächsten Jahre, unabhängig von zukünftigen Regierungskonstellationen. Er sei bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal. Nach Verabschiedung des LNVP würden die zugesagten Gelder noch im Dezember rückwirkend für 2025 an die Aufgabenträger ausgezahlt werden. Sie bedankt sich bei Mathias Paul und Johanna Lorenz aus ihrem Ministerium, die die 780 formalen Rückmeldungen zum Entwurf des LNVP bearbeitet haben, sowie bei den Landräten Hallerbach und Schwickert für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Es gibt zahlreiche Wortmeldungen.

Landrätin Anke Beilstein, Landkreis Cochem Zell, kritisiert den LNVP und begründet die Entscheidung, die Zustimmung ihres Landkreises zu verweigern. Die im LNVP genannten Ziele seien finanziell nicht hinterlegt. Der ÖPNV in Rheinland-Pfalz stehe auf verschiedenen Säulen und werde getrennt betrachtet und finanziert. Sie verweist dabei besonders auf die Schülerverkehre, die auf dem Land meist deckungsgleich mit den lokalen Verkehren seien. Die Fragmentierung der Finanzierung des ÖPNV sei ein grundsätzlicher Webfehler, der im LNVP fortgesetzt werde und besonders die ländlich geprägten Landkreise hart treffe. Die Flexibilität des LNVP greife nicht angesichts der Schwierigkeit, lokale Verkehre durch ihre lange Vertragsbindung abzubestellen. Sie äußert Bedenken, dass die Fahrgastzählsysteme angesichts der hohen Kosten tatsächlich im vollen Umfang vom Land finanziert werden.

Landrat Achim Schwickert, Westerwaldkreis, begründet die Zustimmung seines Landkreises. Man habe unter den Landräten viel diskutiert und jeder Landkreis müsse nun für sich entscheiden. Er empfiehlt die Zustimmung und begründet dies vor allem durch das im LNVP aufgenommene Konnexitätsprinzip. Er kritisiert den LNVP dafür, dass der Individualverkehr nicht miteinbezogen wurde. Man schaffe Überkapazitäten im ÖPNV.

Stephan Pauly, Geschäftsführer VRM, meldet sich zu Wort. Man habe sich gewünscht, dass man sich im LNVP nicht auf ein System der Fahrgastmessung festlegt. Im VRM müsse massiv nachgerüstet werden. Der LNVP lege keine Übernahme von Personalkosten fest, die im Zusammenhang mit der Auswertung der Fahrgastdaten, also im Verwaltungsbereich, entstehen. Man habe sich mehr Zeit zum Austausch und zur Diskussion des LNVP nach den eigenen Stellungnahmen gewünscht. Er nehme mit, dass der LNVP nicht in Stein gemeißelt sei, man würde sich noch im Dezember auf der Arbeitsebene zusammensetzen. Man freue sich über die Zusage, dass man zukünftig als Verkehrsverbund besser einbezogen werde.

Dr. Thilo Becker, Stadt Trier, meldet sich zu Wort. Er lobt die festgelegten Standards und Regelungen des LNVP und begrüßt die Tatsache, dass die Kommunen für bestimmte Leistungen mehr Geld bekommen und dieses zeitnah ausgezahlt wird.

Gaby Pauly, Landkreis Mayen-Koblenz, meldet sich zu Wort und begründet die Ablehnung des LNVP durch den Landkreis Mayen-Koblenz. Man unterstütze die Argumentation der Landrätin Beilstein. Die Finanzierung der lokalen Verkehre werde durch den LNVP nicht gesichert.

Tobias Gerhardus, Landkreis Altenkirchen, meldet sich zu Wort und begründet ebenfalls die Ablehnung des LNVP durch den Landkreis Altenkirchen. Er schließt sich seinen Vorrednerinnen Anke Beilstein und Gaby Pauly an.

Landrätin Julia Gieseking, Landkreis Vulkaneifel meldet sich zu Wort. Sie bestätigt die Zustimmung ihres Landkreises zum LNVP und zeigt gemeinsam mit Landrat Achim Hallerbach Verwunderung über die Ablehnung der Landkreise Altenkirchen und Mayen-Koblenz. Sie sieht neben der Zusicherung der Finanzierung der regionalen Linien auch die Finanzierung der lokalen Linien auf dem Land als gesichert an.

Landrat Andreas Hackethal, Landkreis Bernkastel-Wittlich, meldet sich zu Wort. Man habe den LNVP unter den Landräten immer wieder erörtert. Er teile in vielen Punkten die grundsätzlichen Bedenken, die Landrätin Beilstein formuliert habe. In Abwägung der Alternativen zum jetzigen Entwurf des LNVP sei der dort vorgeschlagene Weg die bessere Variante, weswegen der Landkreis Bernkastel-Wittlich zustimme. Er bedankt sich für die viele Arbeit, die im LNVP stecke.

Verbandsdirektor Thorsten Müller meldet sich zu Wort. Beide Zweckverbände hätten seit Jahren die finanziellen Lücken dargestellt. Der LNVP beende die finanziellen Unsicherheiten, führe Vereinheitlichungen ein und formuliere Erwartungswerte. Er sei eine gute Grundlage zur Zusammenarbeit, die man weiterentwickeln werde, sobald es notwendig werde. Die Zusagen im Doppelhaushalt des Landes seien ein erster wichtiger Baustein, durch den man für die Jahre 2025 und 2026 einen ausgeglichenen Haushalt habe. Der LNVP sichere als weiterer Baustein erstmals die Kommunen davor ab, in Zahlungsverpflichtungen für Leistungen zu kommen, die vom Land bestellt wurden. Eine besondere Erleichterung sei, dass die Zusagen des LNVP auch für Altverträge gelten. Die geplanten Ausgaben für die Fahrgastzählsysteme seien sehr gut angelegt, man brauche diese Zahlen dringend, um strategische Entscheidungen fundiert treffen zu können.

Verbandsvorsteher Hallerbach fasst die Diskussion zusammen. Der LNVP sei ein Extrakt aus verschiedenen Runden und Kompromissen, eine Zufriedenheit aller könne nie erreicht werden. Finanztechnisch sei damit viel erreicht worden, die Alternative der Nichtregelung und der daraus resultierenden finanziellen Unsicherheit sei die schlechtere Wahl. Der vorliegende LNVP biete Sicherheit für die Aufgabenträger durch die Klärung der regionalen Linien und der Abbestellmöglichkeiten der lokalen Verkehre. Zudem werden die Verantwortlichkeiten aller Parteien definiert. Er teilt die Kritik der Landkreise, die ihre Zustimmung verweigern. Für die Lösung der angesprochenen Probleme brauche es allerdings Jahre. Es sei gut, dass der Prozess zur Klärung der Finanzierung von Lokal- und Schülerverkehren nun angestoßen wurde.
Hallerbach appelliert, dass der LNVP ein dynamisches Arbeitsinstrument bleiben müsse. Die Regelungen seien nicht in Stein gemeißelt. Man könne auf dieser Grundlage sehr gut weiterarbeiten.

Mobilitätsministerin Eder hat das Schlusswort. Sie stellt die erhebliche Bandbreite der Wortmeldungen fest und die sehr unterschiedlichen Situationen der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Die Kostenexplosion im Bereich Verkehr sei ein sehr belastender Faktor. Man müsse sich leisten können, den LNVP abzulehnen, da zusätzliche Auszahlungen für den ÖPNV daran gekoppelt seien. Ministerin Eder bekräftigt und konkretisiert die Zusage des LNVP zur vollumfänglichen Finanzierung der Fahrgastzählsysteme durch das Land. Sie verweist darauf, dass der rheinland-pfälzische Haushalt deckungsfähig sei. Wenn das für den ÖPNV hinterlegte Geld für die Fahrgastzählsysteme nicht ausreiche, werde querfinanziert.
Sie dankt allen Beteiligten für ihre Mitarbeit.

Der Beschlussvorschlag wird mit drei Gegenstimmen aus den Landkreisen Cochem-Zell, Mayen-Koblenz und Altenkirchen mehrheitlich angenommen.

Beschluss:
Die Verbandsversammlung beschließt den vorliegenden Landesnahverkehrsplan.
Die Verbandsversammlung ermächtigt den Verbandsdirektor, für alle Verkehrsverträge, die vor dem Inkrafttreten der Novellierung des Nahverkehrsgesetzes abgeschlossen wurden und für die noch keine Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Land gemäß § 16 NVG vorliegen, eine entsprechende Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Land und den betroffenen Kommunen abzuschließen. Diese Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung soll zeitnah spätestens bis zum 31. März 2026 abgeschlossen sein.

Ministerin Eder verabschiedet sich aus der Sitzung.

TOP 6 Jahresabschluss 2021, Feststellung und Entlastung – Vorlage 2/80/2025

Stephan Schmitz-Wenzel übernimmt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) den TOP. Er erläutert anhand der Charts. Für das nächste Jahr kündigt er die Bearbeitung von zwei Jahresabschlüsse an (Jahre 2022 und 2023).

Seitens der Mitglieder besteht kein weiterer Erörterungsbedarf.
Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.
Der Jahresabschluss wird festgestellt und die Entlastung erteilt.

Beschluss:
Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss des SPNV-Nord zum 31.12.2021 in der vorgelegten Fassung fest.
Die Verbandsversammlung erteilt dem aktuellen Verbandsvorsteher Landrat Achim Hallerbach (seit Nov. 2021), dem ehemaligen Verbandsvorsteher Dr. Jürgen Pföhler, dem aktuellen stellvertretenden Verbandsvorsteher Landrat Andreas Kruppert (seit Juni 2023), dem ehemaligen stellvertretenden Verbandsvorsteher Dr. Joachim Streit (Mai 2010 bis Apr. 2021) dem ehemaligen stellvertretenden Verbandsvorsteher Beigeordneter Andreas Ludwig (Apr. 2021 bis Mai 2023) sowie dem Verbandsdirektor Thorsten Müller (seit Jan. 2019) für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung.

TOP 7 Haushaltssatzung 2026 – Vorlage 3/80/2025

Verbandsdirektor Thorsten Müller übernimmt das Wort und erläutert anhand der Charts.
Der Haushalt für das nächste Jahr enthalte keine Überraschungen und werde fortgeschrieben. Es habe eine gute Entwicklung, z. B. bei den Energiepreisen gegeben. Der Haushalt sei solide geplant, wenn keine externen Einflüsse den Markt erschüttern. Er verweist auf das gesonderte Risiko der sog. Trassenpreisbremse. Sollte diese durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs fallen, drohen Preissteigerungen von bis zu 23 Prozent, was den gesamten SPNV-Markt in Deutschland in der Finanzierung belasten würde.
Er bedankt sich für die Unterstützung und Zulieferung aus den Verkehrsverbünden und beim Team in der Geschäftsstelle.

Andreas Hackethal, Landrat Bernkastel-Wittlich, meldet sich zu Wort. Er bittet um Erläuterung zum Thema Stellenplan, da die Haushaltssatzung kurzfristig noch diesbezüglich verändert wurde.

Thorsten Müller erläutert das Konstrukt, dass die meisten Mitarbeitenden der Geschäftsstelle beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) angestellt sind und vom LBM der Geschäftsstelle (als eigenständige Dienststelle) zugeordnet sind. Acht Mitarbeitende wurden im letzten Jahr zusätzlich über den eigenen Stellenplan des Zweckverbandes eingestellt zzgl. eine Stelle mit Start zum 01.01.2026. Für das Jahr 2026 waren weitere neue Stellen im Stellenplan enthalten. Diese Erhöhung konnte zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:
Die Verbandsversammlung beschließt die vorliegende Haushaltsatzung für das Jahr 2026.

TOP 8. Bericht Geschäftsstelle

Bereichsleiter Dennis Klees und Verbandsdirektor Thorsten Müller informieren anhand der Charts. Die Charts werden im Nachgang versendet und auch auf der Homepage des SPNV-Nord veröffentlicht.

Die Verbandsversammlung nimmt die Sachstandsberichte dankend zur Kenntnis.
Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

TOP 9. Verschiedenes

Weitere Punkte unter Verschiedenes wurden von den Teilnehmern nicht vorgebracht.
Landrat Hallerbach bedankt sich für die Teilnahme an den Diskussionen, verabschiedet die Gäste und schließt die öffentliche Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Landrat Achim Hallerbach	gez. Thorsten Müller
Verbandsvorsteher	Verbandsdirektor

Anlagen:
Anwesenheitsliste 80. VBVS
Charts öT